

Zl. 61/12/21

Sitzungsprotokoll

über die

Gemeinderatssitzung

am 28. Dezember 2021

Ort: Angerberg, Aula Volksschule
Beginn: 19.00 Uhr
Ende: 20:05 Uhr

Anwesende:

Herr Bürgermeister: O s l Walter als Vorsitzender
Herr Bürgermeisterstellvertreter: M a u r a c h e r Kurt

Gemeinderäte:

GV Mag. Elfriede Schrettl
GV Hannes Bramböck
GV Alexander Osl
GR Brigitte Kammerlander (Ersatz für GR Claudia Osl)
GR Ing. Othmar Obrist
GR Ing. Karl Schweitzer
GR Ing. Reinhard Wolf
GR Gerhard Osl (Ersatz für GR Albert Wibmer)
GR Peter Gastl
GR Kathrin Peer
GR StefanThroner

Außerdem anwesend:

Christian Gschösser als Schriftführer
19 Zuhörer

Entschuldigt waren:

GR Claudia Osl
GR Albert Wibmer

Die Einladung sämtlicher Mitglieder der Gemeindevertretung erscheint ausgewiesen.

Die Gemeindevertretung zählt 13 Mitglieder, anwesend sind hiervon 13; die Sitzung erscheint daher beschlussfähig.

Die Sitzung ist öffentlich.

Tagesordnung

1. Begrüßung und Genehmigung der Tagesordnung
2. Unterfertigung des Sitzungsprotokolls der Gemeinderatssitzung vom 13.12.2021
3. Beratung und Beschlussfassung über den Haushaltsplan 2022 gemäß § 93 Abs. 4 Tiroler Gemeindeordnung sowie Genehmigung des ergänzend zum Voranschlag erstellten mittelfristigen Finanzplanes für die Jahre 2023 – 2026
4. Information, Diskussion und Fassung eines Grundsatzbeschlusses hinsichtlich einer geplanten Großdeponie für Aushubmaterial im Bereich des Weilers Jauden
5. Anträge, Anfragen und Allfälliges
6. Personalangelegenheiten (nicht öffentlich)
7. Besichtigung Kindergarten Angerberg (nicht öffentlich)

Zu Pkt. 1:

Begrüßung und Genehmigung der Tagesordnung

Bgm. Walter Osl

Die Ergänzung des Tagesordnungspunktes 4) um „Fassung eines Grundsatzbeschlusses“ wurde beantragt.

Die Ergänzung des Tagesordnungspunktes 4) wurde vom Gemeinderat einstimmig genehmigt.

Zu Pkt. 2:

Unterfertigung des Sitzungsprotokolls der Gemeinderatssitzung vom 13.12.2021

Das Sitzungsprotokoll der Gemeinderatssitzung vom 13.12.2021 wurde vom Gemeinderat ohne Einwände unterfertigt.

Zu Pkt. 3:**Beratung und Beschlussfassung über den Haushaltsplan 2022 gemäß § 93 Abs. 4 Tiroler Gemeindeordnung sowie Genehmigung des ergänzend zum Voranschlag erstellten mittelfristigen Finanzplanes für die Jahre 2023 – 2026**

Bgm. Walter Osl

Der Haushaltsplan 2022 und der mittelfristige Finanzplan für 2023 – 2026 wurden in den letzten Sitzungen ausführlich besprochen und die Auflage beschlossen. Die Auflage gemäß Tiroler Gemeindeordnung ist vom 14.12.2021 bis 28.12.2021 erfolgt. Es wurden keine Stellungnahmen zum Budgetentwurf und zum mittelfristigen Finanzplan eingebracht.

Gesamtsummen des Voranschlages 2022:

Ordentlicher Haushalt - Einnahmen	€ 5.573.000,00
Ordentlicher Haushalt - Ausgaben	€ 5.573.000,00
Differenz	€ 0,00

Die Summen des mittelfristigen Finanzplanes in Einnahmen und Ausgaben betragen:

	Einnahmen	Ausgaben	Differenz
2023	€ 6.103.700,00	€ 6.103.700,00	€ 0,00
2024	€ 4.892.800,00	€ 4.892.800,00	€ 0,00
2025	€ 4.421.500,00	€ 4.421.500,00	€ 0,00
2026	€ 3.880.700,00	€ 3.880.700,00	€ 0,00

Der Gemeinderat der Gemeinde Angerberg beschloss gem. § 93 Abs. 4 der TGO den Voranschlag 2022 mit einer Gesamtsumme von € 5.573.000,00 mit 13 Jastimmen und 0 Neinstimmen.

Der Gemeinderat der Gemeinde Angerberg beschloss mit 13 Jastimmen und 0 Neinstimmen den vorliegenden mittelfristigen Finanzplan für die Jahre 2023 – 2026.

Zu Pkt. 4:**Information, Diskussion und Fassung eines Grundsatzbeschlusses hinsichtlich einer geplanten Großdeponie für Aushubmaterial im Bereich des Weilers Jauden**

Bgm. Walter Osl

Seit einiger Zeit ist bekannt, dass im Bereich des Weilers Jauden die Errichtung einer Deponie für Aushubmaterial durch die Fa. Bodner geplant ist. Ein entsprechendes Projekt wurde mittlerweile beim Amt der Tiroler Landesregierung eingebracht und ist in Vorbegutachtung. Laut ersten Informationen ist eine Waldfläche von ca. 7,5 ha mit einem Deponievolumen von etwa 460.000 m³ betroffen. Die Anlieferung des Aushubmaterials soll sich über einen Zeitraum von 20 Jahren erstrecken. In absehbarer Zeit wird ein Verfahren auf die Gemeinde in dieser Angelegenheit zukommen.

Von verschiedenen Stellen (Anrainer, Tourismusverband, Sonstige) sind bereits kritische Stellungnahmen zu diesem Großprojekt bei der Gemeinde eingegangen. Auch aus Sicht der Gemeinde muss man diesem Vorhaben äußerst skeptisch gegenüber stehen. Enorme Belastungen hinsichtlich Verkehr aus allen Richtungen durch viele dicht besiedelte Ortsteile sind zu erwarten. Ein wertvolles Waldgebiet mit angrenzenden Biotopen ist betroffen.

Im Zuge der Diskussionen hinsichtlich der ÖBB-Unterinntaltrasse wurde festgestellt, dass die gegenständliche Aushubdeponie nicht in Zusammenhang mit dem Bahnbau steht. Dieser geplanten Deponie für einen Privatunternehmer kann daher kein öffentliches Interesse zugemessen werden. Die Nachbargemeinden haben bereits mündlich ihre Unterstützung zur Verhinderung dieses Standortes zugesagt. Aus naturkundlicher Sicht ist die Landesumweltanwaltschaft fachlich betraut. Aufgrund des betroffenen sensiblen Gebietes müsste die Abteilung Umweltschutz jedenfalls Partner der Gemeinde und Bürger sein. Auch mit der Gemeinde Schwoich wurde Kontakt hergestellt. Diese wäre an einer Aushubdeponie interessiert, wenn im Gegenzug die geplante Baurestmassendeponie in Schwoich damit verhindert werden könnte. Ein Erfahrungsaustausch und Abklärung der Möglichkeiten kann jedenfalls hilfreich sein.

Problematisch ist die Abhandlung des Verfahrens nach dem Abfallwirtschaftsgesetz. Der Gemeinde kommt zwar aufgrund der Größe der Deponie Parteistellung zu, Widerstände sind aber nicht so leicht möglich. Die Raumordnung als Handhabe der Gemeinde wird zB ausgehebelt. Für eine erfolgreiche Verhinderung sind entsprechende Begründungen zu liefern und es bedarf einer gemeinsamen Anstrengung mit möglichst vielen Unterstützern und Argumenten. Eine entsprechende juristische Unterstützung ist ebenfalls zu überlegen.

Vbgm. Kurt Mauracher

Die zu erwartenden Belastungen der Gemeinde durch gleichzeitige Deponien durch die Untereinntaltrasse der ÖBB in den Ortsteilen Achleit und Unholzen sowie dem gegenständlichen Vorhaben im Weiler Jauden sind bedenklich. Ob nicht doch gewisse Zusammenhänge bestehen, ist ständig zu prüfen.

GR Ing. Reinhard Wolf

Grundvoraussetzung für die Umsetzung einer Aushubdeponie ist das Einverständnis bzw. die Bereitstellung entsprechender Flächen durch einen Landwirt. Eine entsprechende Unterstützung der Interessensvertretungen zur Verhinderung solcher Fehlentwicklungen scheint hier zu fehlen.

GV Hannes Bramböck

Ein Gespräch mit dem Grundbesitzer Josef Hager wurde geführt und von diesem angedeutet, dass auch seinerseits das Vorhaben nunmehr problematisch gesehen wird. Eine gemeinsame Besprechung mit dem Grundeigentümer im zuständigen Gremium wäre notwendig.

Bgm. Walter Osl

Gespräche mit Josef Hager wurden ebenfalls geführt und auf die Problematiken seines Vorhabens und die zu erwartende ablehnende Haltung der Gemeinde hingewiesen. Überzeugungsarbeit wäre dringend notwendig.

Franz Hager – Obman öffentliche Straßeninteressentschaft Jauden

Vom Grundeigentümer wurden Zustimmungserklärungen zum Projekt an die verschiedenen Nachbarn zur Unterfertigung vorgelegt. Es ist daher nicht zu erwarten, dass hier ein Schwenk stattgefunden hat und von einer Umsetzung des Vorhabens abgegangen wird. Seitens der Straßeninteressentschaft wurde ein Beschluss gefasst, dass keine Benützungsbewilligung der Straße für die nunmehr vorgesehene Deponie erteilt wird. Auf die bereits bestehenden Belastungen durch die Aushubdeponie und das Zwischenlager Steinberger für den Weiler Jauden wurde hingewiesen.

GV Hannes Bramböck

Das angrenzende Moosbachtal ist hoch sensibel und ein Grundwassersee ist vorhanden. Diese Resource ist auch eine Alternative für die Trinkwasserversorgung der Gemeinde und muss unbedingt geschützt werden. Eine Beweissicherung hinsichtlich Qualität des Wassers ist jedenfalls notwendig. Die Kosten für Sachverständige bzw. auch eine juristische Vertretung dürfen nicht gescheut werden.

Mattke Katrin und Helga, Schlossblick

Eine Deponie im geplanten Bereich wird den gesamten Charakter des Moosbachtals nachhaltig negativ beeinflussen. Neben den angesprochenen naturschutzrechtlichen und wasserrechtlichen Beeinträchtigungen wird durch Verkehr und Deponiebetrieb auch die Luftgüte geschädigt. Ebenso ist die Deponiedauer durch mögliche Verlängerungen nicht absehbar.

Umfassende detaillierte Informationen von öffentlicher Seite an die Bevölkerung wären unbedingt notwendig. Durch die laufende und nachhaltige Berichterstattung bezüglich der ÖBB-Deponien Schöffthal und Ochsental ist vielen nicht bewusst, dass hier eine weitere Deponie mitten in einem wertvollen Naherholungsgebiet der Gemeinde geplant ist.

GR Kathrin Peer

Die Ergebnisse der Einsprüche bezüglich Schöffthal zeigen, dass trotz hoher finanzieller Aufwendungen keine maßgeblichen Änderungen erreicht werden konnten.

Bgm. Walter Osl

Bei entsprechender gemeinsamer Vorgangsweise, Bündelung aller Kräfte und unter Mithilfe der Nachbargemeinden besteht jedenfalls eine Chance zur Verhinderung dieses Vorhabens, wobei eine gänzliche Verhinderung angestrebt werden muss. Aus Sicht des Landesumweltanwaltes besteht zB bei Verkleinerung des Projektes immer die Gefahr der späteren Ausweitung. Seitens der Gemeinde wäre als nächster Schritt ein Grundsatzbeschluss zu fassen sowie ein Ausschuss (Vorstand mit Einbindung weiterer Personen) mit der Abklärung der Details zu beauftragen. Die Bildung einer Bürgerinitiative als zweite Front gegen das Vorhaben wäre denkbar und sicher hilfreich.

Der Gemeinderat sprach sich einstimmig gegen die Errichtung einer Aushubdeponie im Weiler Jauden aus und beauftragte den Gemeindevorstand mit der Abklärung der weiteren Details und Vorbereitung der notwendigen Schritte.

Zu Pkt. 5:
Anträge, Anfragen und Allfälliges

a) Termine

19.01.2022	19.00 Uhr	Finanz- und Kontrollausschuss
31.01.2022	19.30 Uhr	Gemeinderat (vorläufiger Termin)

b) Abrechnung Herbstzeit losn (Anfrage GR Kathrin Peer)

Vbgm. Kurt Mauracher

Nach Vorliegen aller Einnahmen und Ausgaben der Veranstaltung wird dem Gemeinderat eine Gesamtabrechnung vorgelegt.

c) Dank zum Jahresabschluss (Bgm. Walter Osl)

Dem Gemeinderat sowie auch den Mitarbeitern der Gemeindekanzlei wurde für die geleistete Arbeit und das Gelingen vieler positiver Angelegenheiten im abgelaufenen Jahr gedankt. Die Abwicklung der geplanten Projekte beim Straßenbau, beim Breitbandausbau und der sonstigen Infrastruktur mit großteils einstimmigen Beschlüssen zeugt von einer guten Zusammenarbeit im Gemeinderat. Besonders gefordert sind alljährlich die jeweiligen Vorsitzenden der Ausschüsse, die vielfach für die Umsetzung der verschiedenen Projekte verantwortlich zeichnen.

Abschließend wünschte er allen ein Gutes Neues Jahr, Gesundheit für die Mandatäre und deren Familien, überreichte ein kleines Neujahrspräsent und lud zum Abschlussessen im Gasthof Baumgarten ein.

Zu Pkt. 6:
Personalangelegenheiten

Beratung unter Ausschluss der Öffentlichkeit.

Beschlüsse:

Der Gemeinderat beschloss einstimmig das Beschäftigungsausmaß der Reinigungskraft Sandra Monz von bisher 43 % auf 56 % (22,5 Wochenstunden) zu erhöhen.

Der Gemeinderat beschloss einstimmig die Stelle eines Mitarbeiters im Bauhof Angerberg mit einem Beschäftigungsausmaß von 40 Wochenstunden auszuschreiben.

Zu Pkt. 7:
Besichtigung Kindergarten Angerberg

Die Zu- und Umbauten beim Kindergarten Angerberg wurden besichtigt.

Nachdem keine Wortmeldungen mehr waren, schloss Bgm. Walter Osl die Gemeinderatssitzung um 20.05 Uhr.

Das Protokoll dieser Sitzung besteht aus 7 Seiten.

Es wurde zugesandt, genehmigt und unterzeichnet.

Angerberg, am 28.12.2021

Der Bürgermeister

Gemeinderat

Gemeinderat

Der Schriftführer